



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Rechnungsprüfungsausschuss

Niederschrift

über die 8. öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 23.02.2016 im
Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Baumecker
Herr Hans-Jürgen Akuloff
Herr Thomas Czesky
Herr Erich Ertl
Herr Christian Grüneberg

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan
Herr Karsten Dornquast
Herr Berndt Schütze
Frau Christiane Spalek
Frau Eveline Ritschel
Frau Kerstin Schreiber

Landrätin
amt. Dezernent I
Amtsleiter Landwirtschaft
Amtsleiterin Hauptamt
Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes (RPA)
Prüfgruppenleiterin RPA

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Muschinsky
Herr Andreas Noack

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 24.11.2015
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Informationsvorlagen
- 6.1 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung ausgewählter Erträge des Produktes 111070 -Zentrale Dienste- des Hauptamtes der Kreisverwaltung Teltow-Fläming 5-2679/16-LR
- 6.2 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Aufwendungen aus Telefonkosten und Erträge aus Erstattung von privaten Telefonkosten der Kreisverwaltung Teltow-Fläming 5-2680/16-LR
- 6.3 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Beschaffung und Finanzierung des Dienst-Pkw TF-LK 275 5-2683/16-LR

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Baumecker, begrüßt alle Anwesenden. Desweiteren teilt Herr Baumecker mit, dass eine Information für den nicht öffentlichen Teil vorliegt und dieser auf die Tagesordnung aufzunehmen ist. Die Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 24.11.2015

Zur Niederschrift vom 24.11.2015 liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift wird bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen von Einwohnern vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Anfragen von Ausschussmitgliedern vor.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung gibt es nicht.

TOP 6

Informationsvorlagen

TOP 6.1

Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung ausgewählter Erträge des Produktes 111070 -Zentrale Dienste- des Hauptamtes der Kreisverwaltung Teltow-Fläming (5-2679/16-LR)

Frau Schreiber erläutert das Vorgehen bei der Prüfung ausgewählter Erträge des Produktes 111070 des Haushaltsjahres 2012. Sie teilt mit, dass das Ziel die Überprüfungen der Ertragsquellen, und die Einhaltung der gesetzlichen, satzungsgemäßen sowie haushaltsrechtlichen Vorschriften einschließlich Kontorahmen war. Es erfolgte eine Prüfung

- der Mieterträge aus den ständigen Vermietungen im Kreishaus (Parkhaus, Cafeteria, die Räume des Rettungsdienstes),
- der Mieterträge aus vorübergehenden Vermietungen des Kreishauses (Beratungsräume, KT-Saal, KA-Saal) an die Landwirtschaftsschule und an fremde Nutzer),
- der Erträge aus der Erstattungen von Betriebskosten aus Vermietungen im Kreishaus,
- der Erträge aus Spenden für die Aktenpatenschaften.
- Im Rahmen des Ausräumungsverfahrens wurden einige Beanstandungen ausgeräumt.
- Folgende Beanstandungen haben nach wie vor noch Bestand:
- Fehlende Kalkulation für Parkhausgebühren sowie fehlende schriftliche Festlegungen für die Benutzung des Parkhauses, zur Höhe der Gebühren und betreffs Kündigung, insbesondere infolge längerfristiger Krankheit des Parkplatznutzers,
- Fehlende Rechnungslegung für Veranstaltungen im Kreistagssaal- und Kreisausschusssaal entgegen den Festlegungen der Allgemeinen Gebührensatzung,
- Klärung des Verfahrens der Rechnungsstellung für die Räume der Landwirtschaftsschule,

Frau Wehlan teilt mit, dass für die Einnahme von Gebühren u. a. für die Nutzung der Räume oder des Parkhauses die steuerliche Relevanz zu prüfen ist. Die Verwaltungsgebührensatzung wird im zweiten Halbjahr in den Kreistag eingebracht. Ausnahmeregelungen müssen festgelegt werden.

Herr Schütze informiert, dass interne Festlegungen zur Rechnungsstellung nach Nutzung von Räumlichkeiten durch die Landwirtschaftsschule erfolgt sind.

Herr Akuloff sagt, dass aufgrund der datenschutzrechtlichen Schwärzungen im Prüfbericht einige Sachverhalte schwer verständlich sind.

Bezüglich der Verwaltungsgebührensatzung unterstützt er die Position der Landrätin. Desweiteren bittet er um Prüfung der Kalkulation zur Erhebung der Stellplatzgebühren.

Die Ausschussmitglieder sind sich darüber einig, dass eine kostenlose Nutzung des Kreishauses für gemeinnützige Vereine ermöglicht werden sollte.

Frau Spalek informiert, dass für gemeinnützige Veranstaltungen z. B. vom DRK keine Gebühren erhoben werden. Die Entscheidungskriterien werden in der neuen Gebührensatzung festgehalten.

Sie erläutert, dass die momentane Auslastung des Parkhauses gegenwärtig ca. 90 % beträgt. Bei einer Erhöhung der Parkhauskosten für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, gemäß den Aufwendungen u. a. der Reinigungsgebühren, Beleuchtung, Winterdienst usw., würde sich die Miete für die Angestellten auf ca. 40,00 bis 45,00 €/Monat erhöhen.

Herr Domquast informiert über die Gebührensatzung im sportlichen und kulturellen Bereich. Desweiteren teilt er mit, dass eine Abstufung in der Gebührensatzung für die einzelnen Vereine, Parteien, Unternehmen usw. angebracht wäre.

Die Informationsvorlage 5-2679/16-LR wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.2

Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Aufwendungen aus Telefonkosten und Erträge aus Erstattung von privaten Telefonkosten der Kreisverwaltung Teltow-Fläming (5-2680/16-LR)

Frau Schreiber erläutert den Prüfbericht über die Aufwendungen aus den Telefonkosten. Ziel war es festzustellen,

- wie hoch die Aufwendungen für Festnetz- sowie Mobilkommunikationsgeräte im Jahr 2013 waren. Das war mit erheblichem Arbeitsaufwand verbunden, weil laut Kontenrahmen kein separates Konto Telefonkosten vorgeschrieben ist und es nur eine Kontenart gibt, wo alle Post- und Fernmeldegebühren enthalten sind.
- welche Verträge für Telekommunikationsanlagen abgeschlossen wurden,
- wie der Umfang der Ausstattung mit Mobiltelefonen ist,
- nach welchem Modus die Bereitstellung der Mobiltelefone erfolgt,
- in welcher Höhe die Erstattungen von Kosten für Privatgespräche und
- nach welchem Verfahren die Erstattung vorgenommen wurde.

Gegenwärtig sind folgende Feststellungen aus der Prüfung noch nicht ausgeräumt:

- die notwendige Überarbeitung der DV 11/2000 zur Nutzung der Telekommunikationsanlage,
- Problem der privaten Mobilfunkgespräche und das Verfahren der Erstattung.

Frau Wehlan informiert, dass an einer Überarbeitung der Dienstvereinbarung bereits seit 2014 gearbeitet wird. Der vorgelegte Entwurf erhielt keine Zustimmung der Verwaltungsleitung. Auf Grund der Strukturveränderungen im Hauptamt und der Vielzahl der zusätzlichen Aufgaben in diesem Bereich zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik sei gegenwärtig eine Leistungsgrenze erreicht.

Die Zeitschiene für die Überarbeitung der Dienstvereinbarung wird dem Rechnungsprüfungsausschuss zeitnah übermittelt.

Die Beantragung eines Diensthandy erfolgt nur noch über die Verwaltungsleitung. Dafür wurde ein Formblatt entwickelt, um die Notwendigkeit der Anschaffung zu dokumentieren.

Im Bereich des Gesundheitsamtes wird die Bereitstellung der Diensthandys über einen sogenannten Pool praktiziert.

Frau Spalek teilt mit, dass die private Nutzung des Diensthandy bis auf Notfälle vermieden werden sollte. Eine Ermittlung der Gesprächskosten ist aufgrund der abgeschlossenen Flatrate-Verträge schwierig. Die IT-Sicherheit ist problematisch. Eine Software wird im IT-Bereich getestet.

Die Ausschussmitglieder sprachen sich für eine nur dienstliche Nutzung der Mobilfunkgeräte aus.

Herr Ertl verlässt um 18:00 Uhr die Sitzung.

Die Informationsvorlage 5-2680/16-LR wird zur Kenntnis genommen

TOP 6.2

Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Aufwendungen aus Telefonkosten und Erträge aus Erstattung von privaten Telefonkosten der Kreisverwaltung Teltow-Fläming (5-2680/16-LR)

Frau Schreiber erläutert den Prüfbericht über die Aufwendungen aus den Telefonkosten. Ziel war es festzustellen,

- wie hoch die Aufwendungen für Festnetz- sowie Mobilkommunikationsgeräte im Jahr 2013 waren. Das war mit erheblichem Arbeitsaufwand verbunden, weil laut Kontenrahmen kein separates Konto Telefonkosten vorgeschrieben ist und es nur eine Kontenart gibt, wo alle Post- und Fernmeldegebühren enthalten sind.
- welche Verträge für Telekommunikationsanlagen abgeschlossen wurden,
- wie der Umfang der Ausstattung mit Mobiltelefonen ist,
- nach welchem Modus die Bereitstellung der Mobiltelefone erfolgt,
- in welcher Höhe die Erstattungen von Kosten für Privatgespräche und
- nach welchem Verfahren die Erstattung vorgenommen wurde.

Gegenwärtig sind folgende Feststellungen aus der Prüfung noch nicht ausgeräumt:

- die notwendige Überarbeitung der DV 11/2000 zur Nutzung der Telekommunikationsanlage,
- Problem der privaten Mobilfunkgespräche und das Verfahren der Erstattung.

Frau Wehlan informiert, dass an einer Überarbeitung der Dienstvereinbarung bereits seit 2014 gearbeitet wird. Der vorgelegte Entwurf erhielt keine Zustimmung der Verwaltungsleitung. Auf Grund der Strukturveränderungen im Hauptamt und der Vielzahl der zusätzlichen Aufgaben in diesem Bereich zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik sei gegenwärtig eine Leistungsgrenze erreicht.

Die Zeitschiene für die Überarbeitung der Dienstvereinbarung wird dem Rechnungsprüfungsausschuss zeitnah übermittelt.

Die Beantragung eines Diensthandy erfolgt nur noch über die Verwaltungsleitung. Dafür wurde ein Formblatt entwickelt, um die Notwendigkeit der Anschaffung zu dokumentieren.

Im Bereich des Gesundheitsamtes wird die Bereitstellung der Diensthandys über einen sogenannten Pool praktiziert.

Frau Spalek teilt mit, dass die private Nutzung des Diensthandy bis auf Notfälle vermieden werden sollte. Eine Ermittlung der Gesprächskosten ist aufgrund der abgeschlossenen Flatrate-Verträge schwierig. Die IT-Sicherheit ist problematisch. Eine Software wird im IT-Bereich getestet.

Die Ausschussmitglieder sprachen sich für eine nur dienstliche Nutzung der Mobilfunkgeräte aus.

Herr Ertl verlässt um 18:00 Uhr die Sitzung.

Die Informationsvorlage 5-2680/16-LR wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6.3

Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Beschaffung und Finanzierung des Dienst-Pkw TF-LK 275(5-2683/16-LR)

Frau Ritschel erläutert den Bericht. Sie teilt mit, dass gegen die Dienstanweisung „Vergabe“ und gegen den Grundsatz der vorläufigen Haushaltsführung verstoßen wurde. Die Unterlagen wurden nicht laut Dienstanweisung dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt und die vergaberechtlichen Vorschriften wurden nicht eingehalten. Eine Bevorteilung eines Autohauses kann nicht ausgeschlossen werden und nach wie vor besteht ein Kettenvertrag. Das Rechnungsprüfungsamt fordert, dass dieser Vertrag aufgelöst wird.

Frau Wehlan teilt mit, dass der Vertrag zwischenzeitlich ausgelaufen ist und dass es solche Art von Verträgen zukünftig nicht geben darf.

Die Informationsvorlage 5-2683/16-LR wird zur Kenntnis genommen.

Nichtöffentlicher Teil zum TOP 6.3

Frau Ritschel informiert, dass nach nochmaliger Rücksprache mit Herrn Göbel im nicht öffentlichen Teil zum TOP 6.3 Informationen des Antikorruptionsbeauftragten zur Ausreichung von Behördenbescheinigungen an Beschäftigte des Landkreises im Rahmen privater Vertragshandlungen zur Gewährung eines Preisnachlasses gegeben hat. Herrn Göbel sind drei konkrete Fälle bekannt geworden.

Im Ergebnis der Prüfung des Antikorruptionsbeauftragten Herrn Göbel wurde festgestellt, dass die Behördenbescheinigungen zwar ausgestellt wurden, aber ein Vertrag nicht abgeschlossen wurde.

Herr Czesky bittet um weitere Information bezüglich dieses Sachverhaltes.

Frau Wehlan teilt mit, dass der Sachverhalt heute bekanntgegeben und thematisiert wurde. Sie schlägt vor, den Antikorruptionsbeauftragten für die nächste Ausschusssitzung einzuladen.

Herr Baumecker bittet dieses Thema in die nächste Tagesordnung mit aufzunehmen.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 18:20 Uhr die Sitzung.

Luckenwalde, den 14.03.2016

Baumecker
Vorsitzender

